
I N L A N D

Lackner: Sterben nicht Kalkül menschlicher Interessen überlassen	2
Bischofskonferenz-Vorsitzender, Ordenskonferenz und zahlreiche kirchliche Stimmen warnen vor Lockerung des Verbots aktiver Sterbehilfe in Österreich	
Elbs: Christlich-Soziale müssen "Was würde Jesus tun?" fragen	3
Caritas-Bischof in "Wiener Zeitung" zu Moria: "Halte Verweis auf Pull-Faktoren für falschen Weg"	
Glettler: Zu Flüchtlingsaufnahme keine verantwortbare Alternative	4
Innsbrucker Bischof: Von der Bundesregierung zugesagte Hilfe vor Ort nicht ausreichend	
Scheuer: Priester soll Repräsentant und Präsent sein	5
Priesterweihen in Diözesen Linz und Gurk - Lackner weiht Diakon in Salzburg	
Katholische Soziallehre und ksoe: "Kompass" in aktuellen Krisen	7
Online-Tagung über bleibende Relevanz der Soziallehre und auch der Katholischen Sozialakademie	
Bischof Schwarz präsentiert im Vatikan kirchlichen Umweltbericht	8
Umweltschutz: Jungschar-Kinder pflanzen Bäume und Blumen	9
Patriarch Bartholomaios I. muss Österreich-Besuch absagen	10
Bischöfe treffen mit Nationalratspräsident Sobotka zusammen	10
Kirchen in Österreich trauern um früheren ÖRKÖ-Vorsitzenden Pöll	11
Neue geschäftsführende Caritasdirektoren der Erzdiözese Wien	11

A U S L A N D

Vatikan bekräftigt Verbot aktiver Sterbehilfe	12
Glaubenskongregation bezeichnet lebensverkürzende Maßnahmen als Zeichen einer "Wegwerfkultur" - Zugleich Positionierung gegen "unverhältnismäßigen und entmenschlichenden Einsatz von Technologien" vor allem in kritischen Lebensphasen	
Papst segnete Gruppe autistischer Kinder aus Österreich	13
Franziskus bekundet Rückhalt für Homosexuelle	14
Vatikan bremst Mahlgemeinschaft von Katholiken und Protestanten	14
Glaubenskongregation an Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz: Unterschiede im Eucharistie- und Amtsverständnis noch zu gewichtig	
Franziskus kritisiert fehlenden Aufbruchgeist der Kirche	15
Bischof Bätzing: "Diakonat der Frauen halte ich für sehr legitim"	15
Deutscher Unternehmer sichert sich Kreuzinschrift "INRI" als Marke	16
Parolin: Stepinac-Heiligsprechung darf Einheit nicht gefährden	17
Spanien: Kirche kritisiert Diktatur-Aufarbeitung der Regierung	18
US-Kardinal Tobin: Wahl von Joe Biden kein Problem für Katholiken	18
Palästina: Covid bringt Caritas an Grenzen der Hilfeleistung	19
Kirche auf den Philippinen warnt vor neuer Tyrannei	20

I N L A N D

Lackner: Sterben nicht Kalkül menschlicher Interessen überlassen

Bischofskonferenz-Vorsitzender, Ordenskonferenz und zahlreiche kirchliche Stimmen warnen vor Lockerung des Verbots aktiver Sterbehilfe in Österreich

Salzburg/Wien (KAP-WD) Für eine Beibehaltung der aktuellen Rechtslage in Sachen Sterbehilfe hat sich der Salzburger Erzbischof Franz Lackner ausgesprochen. Geburt und Tod verlangten "höchste moralische Standards" und dürften "nicht dem Kalkül allein menschlicher Interessen und Bedürfnisse ausgeliefert werden." Das erklärte der Bischofskonferenz-Vorsitzende in einem jetzt auf der Internetseite lebensende.at veröffentlichten Stellungnahme in Hinblick auf ein beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) laufendes Verfahren zu der Thematik. Anfang und Ende des Lebens würden "in eine andere Wirklichkeit" weisen und seien "einzigartige Momente, in denen das Leben als Gabe sichtbar wird", betonte Lackner.

Für 24. September haben die heimischen Höchstrichter in Wien eine öffentliche mündliche Verhandlung angesetzt. Dabei geht es um vier beim VfGH mit Unterstützung des Schweizer Sterbehilfe-Vereins Dignitas eingebrachte Anträge, wonach die bestehenden Paragraphen 77 und 78 des Strafgesetzbuches - es geht dabei um "Tötung auf Verlangen" und "Beihilfe zum Suizid" - gelockert werden sollen.

Noch eindringlicher als Erzbischof Lackner mahnte auch die Österreichische Ordenskonferenz zur Beibehaltung der geltenden Rechtslage: "Sterben ist kein Geschäftsmodell!", heißt es in einer aktuellen Stellungnahme der Konferenzvorsitzenden Erzabt Korbinian Birnbacher und Sr. Franziska Bruckner. Sie verweisen auf die christliche Überzeugung, wonach Lebensbeginn und -ende "in Gottes Hand" seien und nicht zum "Spielball ökonomisch orientierter Unternehmen oder pseudo-humanistischer Argumentation werden" dürften. Birnbacher und Bruckner betonen dazu auch den von Kardinal Franz König (1905-2004) formulierten "österreichischen Konsens", wonach Sterben "an der Hand, nicht durch die Hand eines Menschen" erfolgen soll.

Etliche der von der Ordenskonferenz vertretenen 192 Ordensgemeinschaften würden Hospize sowie Krankenhäuser betreiben, erinnern Bruckner und Birnbacher. In der Praxis zei-

ge sich, dass die bestehende Gesetzeslage ausreiche, um schwierigen Situationen mit viel Empathie und mit pflegerischer und medizinischer Kompetenz in der Palliativmedizin zu begegnen.

Töten als "Routinebehandlung"?

Auf Folgeerscheinungen einer möglichen Aufweichung des Sterbehilfe-Verbots weist auch der Sprecher von Kardinal Christoph Schönborn, Michael Prüller, in der aktuellen Ausgabe der Wiener Kirchenzeitung "Der Sonntag" hin: "Heute verlassen wir uns noch darauf, dass uns mit allen Mitteln ins Leben geholfen wird, wenn uns etwas zustößt oder wir schwer krank werden. Aber wenn das Töten einmal Routinebehandlung geworden ist - welchen Wert hat dann noch mein Leben überhaupt?"

Für eine Beibehaltung der aktuellen österreichischen Gesetzeslage plädiert auch der katholische Moralthologe Günter Virt. Eine klare Entscheidung sei vonnöten, ob die Gesellschaft in die Richtung einer "Beihilfe-Mithilfe-Nachhilfe zum Suizid" oder aber eines "klaren Schutzes des grundlegenden Gutes des Menschenlebens auch in schwierigen Situationen" gehen solle, schreibt er in der Wochenzeitung "Die Furche". Er selbst habe schon mehrere Menschen nach Suizidversuchen begleitet, so der Theologe. "Die Mühe, zu helfen, das Leben der Betroffenen neu zu ordnen, hat sich oft gelohnt. Die meisten Menschen, die einen Suizidversuch unternehmen, sterben nicht an Suizid."

Weitere Experten warnen

Im Hinblick auf die VfGH-Verhandlung über Suizidbeihilfe mehrten sich am Wochenende die Stimmen, die vor einer Lockerung des geltenden Verbots warnen. "Töten ist keine Therapieoption. Steht diese Möglichkeit erst einmal offen, wächst der Druck auf Kranke, ihrer Umgebung das alles zu ersparen", betonte die Ethikerin Susanne Kummer in der "Kleinen Zeitung" (20.9.). Aufgabe des Staates sei "nicht, Tötungswünsche zu regeln, sondern Menschen auch in verletzlichen Lebensphasen zu schützen", so die Geschäftsführerin

des kirchlichen Instituts für Medizinische Anthropologie und Bioethik (IMABE).

Von wachsendem Druck nicht nur auf die Betroffenen, sondern auch auf die Ärzte warnte der Mediziner, Priester und katholische Moraltheologe Prof. Matthias Beck in der ORF-Sendung "Orientierung" (20.9.). Angehörige würden bei einer Suizidhilfe-Freigabe stärker als bisher darauf pochen, den Sterbeprozess zu "beschleu-

nigen". Bleibe die umstrittene Praxis verboten, wäre dies eine "Entlastung für uns Ärzte und auch die Angehörigen", so das Mitglied der Bioethikkommission im Bundeskanzleramt.

(Info: Die Website www.lebensende.at gibt einen Überblick über die österreichische Rechtslage und auch die Möglichkeit, sich für deren Erhalt auszusprechen.)

Elbs: Christlich-Soziale müssen "Was würde Jesus tun?" fragen

Caritas-Bischof in "Wiener Zeitung" zu Flüchtlingslager Moria: Notleidenden muss individuell und konkret, aber auch strukturell und damit langfristig geholfen werden - "Halte Verweis auf Pull-Faktoren für den falschen Weg" - Aber: "Naiv zu glauben, ein Land, die Kirche oder die Caritas könne die Welt retten"

Wien (KAP-WD) Die durch die Ereignisse rund um das Flüchtlingslager Moria in Diskussion geratene christlich-soziale Politik "muss sich die gleiche Frage stellen, wie auch ein christlicher Priester oder Bischof, nämlich: Was würde Jesus an meiner Stelle tun?" Wie der Feldkircher Bischof Benno Elbs im Interview der "Wiener Zeitung" (16.9.) festhielt, sei auch für eine an der Bibel orientierten Politik Matthäus 25, 40 maßgeblich: "Was ihr einem der geringsten meiner Brüder und Schwestern getan habt, das habt ihr mir getan." Menschen in akuter Not müsse somit individuell und konkret, aber auch strukturell und damit langfristig geholfen werden.

Als eines der drängendsten Themen für diesen Anspruch nannte Elbs den Klimawandel, aber auch rasche Asylverfahren an den Grenzen Europas seien wichtig. "So, wie sich die Lage jetzt darstellt, sind die Menschen an der Grenze zu Europa ein Spielball der verschiedenen Mächte und Kräfte", merkte der in der Bischofskonferenz für die Caritas und den Opferschutz zuständige Bischof an.

Dem Argument, dass Flucht nach Europa nicht die Lösung globaler Probleme sein könne, attestierte der ausgebildete Psychotherapeut Logik und psychologische Plausibilität; das gelte auch für die ins Treffen geführten Pull-Faktoren, wonach immer noch mehr Menschen nach Europa wollten. Neben einer abschreckenden, auf Verhinderung ausgerichteten Symbolpolitik brauche es aber auch eine "Symbolpolitik der Menschlichkeit und Humanität", so Elbs. "Im Angesicht der konkreten Not konkreter Menschen

wie jetzt der Kinder in Moria, halte ich den Verweis auf Pull-Faktoren für den falschen Weg."

Mitgefühl ist "christliche Muttersprache"

Mitgefühl sei die "christliche Muttersprache", auch wenn realpolitisch wohl neue Flüchtlinge nachrücken würden. Der Caritas-Bischof sprach von einem "moralischen Dilemma": "Wir müssen helfen und gleichzeitig alles Erdenkliche unternehmen, um zu verhindern, dass sich die Lager wieder füllen." Dieses Sowohl-als-auch sei die bewährte kirchliche Zugangsweise. Zugleich wäre es laut Elbs "naiv zu glauben, ein Land, die Kirche oder die Caritas könne die Welt retten". Auch Jesus habe darauf hingewiesen, dass es immer Arme geben werde. Aber - so der Bischof - "wir können alle unseren Beitrag leisten, jede/r Einzelne, und trotzdem gilt es zu akzeptieren, dass es für alle Grenzen gibt, dass jede/r Grenzen hat".

Seine Ansprüche an eine christlich-soziale Politik formuliere er "mit großer Bescheidenheit", wie Elbs betonte. Er wisse: "Politik ist die Leidenschaft für das Mögliche", Papst Franziskus habe sie einmal als eine edle Form der Nächstenliebe bezeichnet, weil sie darauf abzielt, "dass möglichst viele Menschen möglichst gut leben können".

Ideale leichter ohne Macht vertretbar

Und der Feldkircher Bischof hielt auch fest, dass er die Unterscheidung von Kirche und Staat für "unglaublich wichtig" halte. Die Vermischung von Realpolitik und welcher Religion auch immer sei selten zum Segen der Menschen. Die Loslösung der Kirche von den Schalthebeln der Macht "er-

möglichst natürlich eine größere Freiheit im Hinblick auf die Ideale, die eine Institution vertritt", sagte Elbs. Mit der Politik seien da Konflikte vorprogrammiert, auch wenn die auf die "ohnmächtige" Liebe Gottes bauende Kirche selbst ohnmächtig sei. "Zumindest einmischen soll man sich, und natürlich lassen sich die großen Fragen der Welt nur von der Welt gemeinsam angehen und lösen", erklärte Elbs. Er bekannte sich dabei zur Gewaltlosigkeit und Dialog sowie dazu, "beim Einsatz für das Gute bei sich selbst auch Leid in Kauf zu nehmen".

"Wenn die Caritas spricht, spricht die Kirche"
Angesprochen auf die oftmalige Zurückhaltung der "Amtskirche" bei gesellschaftspolitisch heiß umkämpften Themen wie Armutsbekämpfung oder Migrationsbewegungen, bei denen sich die Caritas oft "klar und kantig" äußere, stellte Bischof Elbs klar: "Wenn die Caritas spricht, spricht

die Kirche." Gottes- und Nächstenliebe seien untrennbar verbunden, und kein Christ bzw. keine christliche Gemeinschaft dürfe am Leid anderer einfach vorbeigehen. Allerdings seien Pfarren, Orden und Bischöfe von der notwendigen Spezialisierung und Professionalisierung überfordert, wie Elbs eingestand. "Deshalb haben wir mit der Caritas hier eine Organisation gegründet, die der Nächstenliebe eine professionelle Form und Stimme gibt."

Der 60-jährige gebürtige Bregenzer Benno Elbs verfasste für einen soeben von der Politischen Akademie der ÖVP herausgegebenen Sammelband über christlich-soziale Politik einen Beitrag über das Prinzip der Nächstenliebe in der Demokratie. (Bettina Rausch/Simon Varga [Hg.], Christlich-soziale Signaturen. Grundlagen einer politischen Debatte. Verlag Edition Noir, Wien 2020)

Glettler: Zu Flüchtlingsaufnahme keine verantwortbare Alternative

Innsbrucker Bischof: Von der Bundesregierung zugesagte Hilfe vor Ort nicht ausreichend - Pax Christi appelliert an ÖVP: "Populismus hintanstellen" - Auch Landau und Katholische Jugend nehmen Stellung

Wien/Linz (KAP-WD) "Zur fairen Verteilung und Aufnahme von verzweifelten Flüchtlingen in Europa gibt es jetzt keine menschlich verantwortbare Alternative mehr": Dieses Wort des Innsbrucker Diözesanbischofs Hermann Glettler hat die "Tiroler Tageszeitung" (18.9.) als Hinweis darauf zitiert, dass "der Ruf nach Aufnahme von Flüchtlingen aus dem abgebrannten Flüchtlingslager Moria auf Lesbos immer lauter" werde. Weitere Belege dafür seien entsprechende Stimmen aus verschiedenen Parteien: Auch Innsbrucks Bürgermeister Georg Willi (Grüne), Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und ÖVP-Landesrätin Beate Palfrader hatten sich zuletzt für eine Flüchtlingsaufnahme ausgesprochen.

Kirchlicherseits schloss sich am Freitag die katholische Friedensbewegung Pax Christi Österreich entsprechenden Appellen der Österreichischen Bischofskonferenz, der heimischen Ordensgemeinschaften, der Katholischen Frauenbewegung und Katholischen Jugend sowie zahlreicher Einzelpersonen an. Dass sich die Bundesregierung "noch immer nicht zu einer Notaktion zur Aufnahme von Flüchtlingen durchringen" könne, sei dem "Populismus" der türkischen Regierungsfraktion geschuldet. Deren christlich-sozia-

le Schwesterpartei in Deutschland nimmt dagegen 1.500 Flüchtlinge auf, erinnerte Pax Christi. Die von der Regierung zuletzt beschlossenen Sachleistungen "sind gut, lösen aber die menschlichen Probleme nicht".

"Vermutlich u.a. wahltaktische Gründe" stünden hinter dieser Positionierung, heißt es weiter in der Aussendung vom 18. September. Der damit ausgedrückte Mangel an gesamteuropäischer Solidarität stelle den EU-Staatenbund grundlegend infrage, wies Pax Christi hin. Das mache besorgt, auch im Blick auf die nur grenzüberschreitend zu lösende Klimakrise.

Pax Christi Österreich forderte die umgehende Aufnahme eines anteiligen Kontingents von Flüchtlingen und appellierte an die Volkspartei, "sich nicht von populistischen Strömungen treiben zu lassen bzw. diese selbst zu befeuern, wenn etwa von 'Emotionalisierung' in Bezug auf Hilfeforderungen die Rede ist".

Glettler: "Das Elend schreit zum Himmel"

Auch Bischof Glettler hatte bereits in der Woche davor auf Instagram erklärt, die von der Bundesregierung vor Ort zugesagte Hilfe werde nicht ausreichen, eine systematische Evakuierung der

Lager sei "unverzüglich notwendig". Glettlers Aufruf: "Folgen wir doch einigen europäischen Ländern und Papst Franziskus, der von Lesbos nach Rom einen humanitären Korridor eingerichtet hat."

Der Bischof dankte allen Einzelpersonen und Hilfsorganisationen, die sich mit größtem Einsatz für die Verzweifelten engagieren. Denn "das Elend schreit zum Himmel", so Glettlers. "Tausende Menschen stecken in einer aussichtslosen Hölle - obdachlos und ohne Zukunft."

Am 18. September postete der Bischof Fotos von der Essensausgabe auf Lesbos an Flüchtlinge. "Die Situation vor Ort ist erschütternd", zeigte er sich auf Instagram betroffen. "Menschen stehen stundenlang in der Sonne an, kaum sanitäre Einrichtungen, Angst vor der Internierung im neuen Lager ... Gibt es nicht andere Optionen?"

Menschen retten ist "keine Symbolpolitik"

"Wer nicht möchte, dass sich 2015 wiederholt, muss die Hilfe in den Krisenregionen verstärken und sich für eine gemeinsame europäische Lösung stark machen": Das betonte Caritas-Präsident Michael Landau in der Ö1-Radiosendung "Praxis - Religion und Gesellschaft" am 16. September. Es müsse beides möglich sein - "Grenzen zu schützen und Menschen zu schützen", so Landau. Unter den über 12.000 obdachlosen Menschen auf Lesbos seien auch Mütter mit Kindern: Diese gelte es nun speziell in den Blick zu nehmen, denn ein Lager, "gleich wie es ausgestattet ist", sei kein guter Platz diese vulnerable Gruppe.

Als "extrem heikel" bezeichnete es Landau, in diesem Zusammenhang von "Symbolpolitik" zu sprechen. Wohl sei ihm klar, dass Österreich "nicht alle Kinder retten" könne, doch sei es niemals Symbolpolitik, einzelnen Kindern zu

helfen. "Menschen sind nie Symbole, Menschen sind Menschen und wer ein Leben rettete, rettet die ganze Welt", unterstrich der Caritas-Chef.

"Wir dürfen nicht weiter tatenlos zusehen, dass notleidende und schutzbedürftige Kinder, Frauen und Männer in Moria unter solch menschenunwürdigen Umständen leben", forderte KJÖ-Vorsitzende Magdalena Bachleitner am 17.9. Die Krise auf der griechischen Insel Lesbos sei zudem kein lokales Problem, "sie geht uns alle an". Nun müsse "ganz Europa an einem Strang ziehen", so die KJÖ-Vorsitzende. Auch Österreich dürfe sich "nicht verstecken".

Kritisches Video des Mauthausen Komitees

Das von Kirchenorganisationen mitgetragene Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), das dem Vermächtnis der überlebenden Häftlinge des KZ Mauthausen und seiner Außenlager verpflichtet ist, hat am Freitag ein aufrüttelndes Video mit Bezug zur Causa und zum Jahresmotto "Menschlichkeit ohne Grenzen" veröffentlicht. Amber Weinber und Rouven Margules, Enkel von Opfern des Nazi-Terrors, schildern darin die Geschichte ihrer Großmütter, die als Jugendliche aus Wien flüchten mussten. Sie selbst seien heute nur hier, weil es damals Helfende gab, die Menschlichkeit bewiesen, ohne zu fragen, "ob dann vielleicht noch mehr kommen".

Für MKÖ-Vorsitzenden Willi Mernyi muss die damalige Haltung auch Vorbild für heute sein: "Wenn wir uns weigern, hungernde und frierende Flüchtlinge - unter ihnen viele Kinder - aufzunehmen, haben wir aus unserer Geschichte nichts gelernt." Das auf dem MKÖ-YouTube-Kanal abrufbare Video wird u.a. von der Katholischen Aktion beworben. (Link: <https://www.youtube.com/watch?v=tZYIFZlAQaM&feature=youtu.be>)

Scheuer: Priester soll Repräsentant und Präsent sein

Franziskus Schachreiter und Schlägler Chorherr Hermann Josef Hehenberger von Linzer Bischof zum Priester geweiht - Marketz weiht gelernten Informatiker, Lackner einen Diakon

Linz (KAP-WD) Der Priester soll Gott präsent machen und er soll die Botschaft Gottes als Präsent an andere weiterverschenken. Diese doppelte Bedeutung des Priesters als Repräsentant hat Bischof Manfred Scheuer bei der Priesterweihe von Franziskus Schachreiter am 19.9. im Linzer Dom unterstrichen. Wer von Gott gesendet ist, solle

weitergeben, was ihm zuvor geschenkt und zum Weiterschicken anvertraut wurde. Das sakramentale Amt gehöre zur Kirche, weil diese "kein Verein ist, der aus spirituellen Selbstversorgern besteht", sondern eine Gemeinschaft von Menschen, die von Christus beschenkt sind, führte der Linzer Bischof weiter aus.

Damit jemand den priesterlichen Dienst im Geiste Jesu ausüben kann, müsse er lernen, sich selbst zurückzunehmen, um wie Johannes der Täufer zu sagen: "Er muss wachsen, ich aber abnehmen", betonte Scheuer. "Das ist eine der schwierigsten Übungen - wir haben durchaus 'Gewichtsprobleme' in unserer Kirche, auch in unserer Diözese." Die Tendenz, sich selbst zu wichtig zu nehmen, sei tief verwurzelt. "Je mehr man aus dem Glauben leben kann, für Gott unendlich wichtig zu sein, desto weniger muss man sich selbst wichtigmachen."

Neupriester Schachreiter wurde 1980 in Haag am Hausruck geboren, studierte an der Universität Salzburg katholische Fachtheologie sowie das Lehramtsstudium Katholische Religion und Geografie. Ebenso studierte er Gesang am Mozarteum Salzburg und absolvierte eine landwirtschaftliche Facharbeiterprüfung. Ab 2016 war er Seminarist in der Diözese Linz, seit 2018 war Schachreiter pastoraler Mitarbeiter in der Pfarre Ostermiething und arbeitete auch in den Pfarren Tarsdorf und St. Rade Gund mit. In diesen drei Pfarren wird der Neupriester mit 1. Oktober auch als Kooperator tätig sein.

Auch Weihe im Stift Schlägl

Bischof Scheuer leitete am 20. September in der Pfarrkirche Aigen im Mühlkreis eine zweite Priesterweihe - mit dem Schlägler Chorherren Hermann Josef Hehenberger im Zentrum. "Das sakramentale Amt gehört zur Kirche, weil diese kein Verein ist, der aus spirituellen Selbstversorgern besteht, sondern weil sie eine Gemeinschaft von Menschen ist, die von Christus beschenkt sind", so Scheuer in seiner Predigt: "Keiner kann ein Eigenbrötler sein."

Im Blick auf die Chorherren verwies der Bischof auf das Programm des augustinischen Klosterlebens, das treffend im Anfangssatz der Augustinus-Regel ausgedrückt werde: "Das erste Ziel eures gemeinschaftlichen Lebens ist, in Eintracht zusammenzuwohnen und ein Herz und eine Seele in Gott zu haben."

Der Bischof wies auch auf die priesterliche Identitätsfrage hin. Der Priester sei von Christus gesandt, um Menschen zu heilen, zu begleiten, zu befreien, aufzurichten und zu segnen und schenke so Christi Liebe weiter. Das werde besonders in den Sakramenten sichtbar, die er spendet.

Josef Hehenberger wurde 1989 in Linz geboren und wuchs in Rohrbach auf. Er absolvierte das Jusstudium an der Linzer Kepler-Universität,

bevor er 2012 in das Stift Schlägl eintrat. Er studierte bis 2019 Theologie in Innsbruck, die feierliche Profess legte er 2017 ab.

Marketz: Priester leben mit "Gegenwind"

Vorrangiger Dienst des Priesters ist es, den Menschen in das Vertrauen zu helfen, "dass Gott für alle Menschen da ist, und zwar als der Befreier, der Vergebende, der Liebende, als der Überwinder von Leid und Tod". Das betonte Diözesanbischof Josef Marketz am 19.9. bei der Priesterweihe von Diakon Robert Johann Thaler im Klagenfurter Dom. Die Priesterweihe sei eine Feier des Glaubens. "Ohne Glauben an Gott ist sie sinnentleert und kann nicht verstanden werden", so der Kärntner Bischof.

"Menschen, die ausdrücklich mit Jesus gehen wollen, bekommen heftigeren Gegenwind", sagte Bischof Marketz. Niemand wisse, wie sich die Gestalt der Kirche ändern werde. Kirche werde in Zukunft noch viel stärker als bisher Laien in Gestaltung der Kirche und kirchlichen Gemeinschaften einbeziehen und die Macht, die bisher mit dem Amt des Priesters verknüpft gewesen sei, mit Laien teilen und diese immer mehr zum Dienst umgestalten. Zur Zukunft der Kirche äußerte sich Marketz optimistisch, "dass uns auch wieder neue Generationen von jungen Christen zuwachsen, die leidenschaftliche Gottsucher sind".

Robert Johann Thaler, 1979 in Möllbrücke geboren, studierte zunächst in Klagenfurt Informatik und war anschließend in Dublin, Wien und Spittal/Drau als Programmierer tätig. 2014 trat er ins Priesterseminar der Diözese Gurk in Graz ein, bis 2019 studierte er Theologie an der Karl-Franzens-Universität Graz. Zuletzt war Thaler Pastoralpraktikant in der Stadtpfarre Spittal/Drau sowie in den Pfarren Molzbichl und Amlach, dort wird er nach der Priesterweihe als Kaplan tätig sein.

Lackner: Abendland hat "blinde Flecken"

Jede Zeit hat ihre "blinden Flecken und toten Winkeln" - und das gilt nach den Worten des Salzburger Erzbischofs Franz Lackner auch für das gegenwärtige christliche Abendland: Bedürftige wie Alte, Kranke, Einsame, vom Leben Enttäuschte, Heimatlose und Flüchtlinge würden mehr Wachsamkeit und Barmherzigkeit verdienen, so Lackner am 20.9. in der Basilika Mariapfarr bei der Diakonenweihe des angehenden Priesters Rupert Santner. "Besonders bedrückend

müsste uns aufstoßen, dass gerade im christlichen Abendland der Schutz des Lebens am Anfang und an seinem natürlichen Ende mehr und mehr vernachlässigt wird." An diesen Orten müssen Christen präsent sein - "unaufdringlich, helfend, aber auch mahnend und die Stimme erhebend für das Leben", betonte der Erzbischof.

Geweihte Personen müssten einen Spagat halten: einerseits ganz auf Gott hin zu leben und andererseits ganz bei den Menschen zu sein, so Lackner. Für den 30-jährigen Rupert Santner ist die Weihe zum Diakon der nächste Schritt auf dem Weg zu seiner Priesterweihe, die am nächsten Festtag der heiligen Peter und Paul, 29. Juni 2021, erfolgen soll.

Katholische Soziallehre und ksoe: "Kompass" in aktuellen Krisen

Hochkarätige Online-Tagung im Gedenken an Sozialethik-Pionier Schasching thematisiert bleibende Relevanz der Soziallehre und auch der Katholischen Sozialakademie Österreichs - Bischof Glettler: Zukunft der ksoe in neuer Form unbestritten - Offener Protest-Brief vermutet inhaltliche Gründe für Relaunch

Wien (KAP-WD) Es war nichts weniger als ein kraftvolles Lebenszeichen einer Institution im Umbruch: Im Rahmen einer hochkarätig besetzten Online-Tagung diskutierten am 21.9. Sozial- und Politikwissenschaftler sowie Theologen über die Katholische Soziallehre wie auch die bleibende Relevanz der Katholischen Sozialakademie Österreich (ksoe) für deren Aktualisierung. Der Tenor: Beiden kommt die Funktion eines gesellschaftlichen wie kirchlichen "Kompasses" zu, den es gerade in den aktuellen Krisensituationen dringend brauche. Als einer von drei mit der ksoe-Neustrukturierung betrauten Bischöfen betonte der Innsbrucker Bischof Hermann Glettler bei der Tagung, dass es die ksoe "in neuer Form auch weiterhin geben" werde.

Beiträge zu der vom Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation in Graz, der Universität Graz, der Österreichischen Jesuitenprovinz und der Vereine "Transition Graz" und "GIVE" veranstalteten Tagung leisteten u.a. Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Ex-Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl, sowie die Politikwissenschaftler Sieglinde Rosenberger und Anton Pelinka. Die Tagung mit dem Titel "Auswege aus der Mehrfachkrise: Katholische Soziallehre als Kompass?" fand im Gedenken an den Sozialethik-Pionier P. Johannes Schasching SJ statt, der u.a. von 1991 bis 2005 an der ksoe tätig war und vor sieben Jahren, am 20. September 2013, in Wien starb.

Bundespräsident betont ksoe-Relevanz

Eröffnet wurde die im Internet gestreamte Online-Tagung mit Grußworten von Bundespräsident Van der Bellen und dem früheren Zweiten

Nationalratspräsidenten Heinrich Neisser (ÖVP). Van der Bellen, der die ksoe über 20 Jahre als Berater in Fragen der Ökonomie begleitet und zuletzt auch an deren 60-Jahr-Feier im März 2019 teilgenommen hatte, würdigte die Tätigkeit der ksoe als "bis heute wegweisend für den Dialog und das gesellschaftliche Zusammenleben". Die soziale Frage sei von wachsender Aktualität und müsse fundiert diskutiert werden. Die ksoe stelle in dieser Situation einen Raum zur Verfügung, der es ermögliche, "Wirtschaft und Gesellschaft anders zu denken", das heißt "ökologisch und sozial gerechter - letztlich enkeltauglich", befand der Bundespräsident.

Neisser prognostizierte ein Comeback der Katholischen Soziallehre auch in den öffentlichen Debatten: "Die ksoe als traditionsreiche Einrichtung stillzulegen oder erheblich einzuschränken wäre ein schwer zu erklärender Verzicht der Kirche auf die Teilnahme an den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen unserer Zeit."

Solidarität und Demokratie

In Folge referierten und diskutierten die Wiener Politikwissenschaftlerinnen Prof. Barbara Prainsack und Prof. Sieglinde Rosenberger, der frühere Nationalratsabgeordnete und jetzige Moraltheologe an der Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz, Prof. Severin Renoldner, der emeritierte Politikwissenschaftler Anton Pelinka sowie der Salzburger Politikwissenschaftler Helmut Peter Gaisbauer über das Generalthema dieses Panels: "Solidarität und Demokratie". Neben Solidaritätsadressen im Blick auf die gegenwärtig in einem Umstrukturierungsprozess stehende ksoe betonten alle Referenten den Zusammen-

hang von Verantwortung und Solidarität gerade im Blick auf die aktuelle Flüchtlingsthematik in Folge des Brandes im griechischen Flüchtlingslager Moria.

Glettler: Ksoe in neuer Form unbestritten

Dass es die Katholische Sozialakademie in neuer Form auch weiterhin geben wird, sei "Konsens der Bischöfe", stellte Bischof Glettler im Nachmittagsteil der Online-Tagung klar. Die engagierten und hochkarätigen Stimmen, die sich während der Tagung bereits demonstrativ hinter die ksoe gestellt hatten, seien eindrucksvoll gewesen, so Glettler. Er warb jedoch ebenso dafür, kritische Rückfragen zuzulassen und sich den wirtschaftlichen Problemen der ksoe zu stellen.

Im bisherigen Prozess der Neuaufstellung hätten "wir Bischöfe manches Vertrauen überstrapaziert und zerbrochen". Dies tue ihm aufrichtig leid - er habe jedoch auch "manche Empörungsschleife als sehr verletzend empfunden - als hätten wir nichts anderes im Sinn, als die Kirche in die Sakristei zu treiben und dort einzuschließen", so der Innsbrucker Bischof, der gemeinsam mit den Bischöfen Werner Freistetter und Josef Marketz die Lenkungsgruppe zur Neuaufstellung bildet. Zudem betonte Glettler, dass eine Expertengruppe für diese Neuaufstellung eingesetzt wurde, die am 12. Oktober zum ersten Mal zusammenkommen werde.

Offener Brief für Fortbestand der ksoe

Schon Tage vor der Online-Veranstaltung hatten 130 Wissenschaftler und 39 Initiativen der vor einem "Relaunch" stehenden ksoe öffentlich ihre

Solidarität bekundet. In einem Offenen Brief, den die Wochenzeitung "Die Furche" in ihrer Ausgabe vom 17. September abdruckte, heißt es, die Unterzeichner blickten "mit Sorge dem Vorhaben einer 'Neuaufstellung'" entgegen. "Wir befürchten nicht nur das Verstummen einer wichtigen Stimme in der österreichischen Gesellschaft, sondern ebenso, dass ein fruchtbarer Ort des inter- und transdisziplinären Dialogs versiegelt wird."

Initiatoren des Schreibens sind drei ehemalige "Schasching-Fellows" - die an der ksoe-Forschungsstelle für Sozialethik im Geist des österreichischen Jesuiten P. Schasching (1917-2013) tätigen Andreas Exner, Christina Plank und Sebastian Thieme; Unterzeichner sind u.a. Heinrich Neisser, Severin Renoldner, KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser, die Sozialethiker Wolfgang Palaver und Kurt Remele, der Moraltheologe Gunter Prüller-Jagenteufel, Klaus und Ulrike Sambor von Attac/Grundeinkommen, der Schriftsteller Peter Rosei sowie der Politikwissenschaftler Emmerich Talos. Unterstützende Institutionen sind u.a. das Forum Katholischer Erwachsenenbildung, die Evangelische Akademie, das Bildungsnetzwerk "Pilgrim", die Bundesjugendvertretung, "Attac Österreich", das Reparatur- und Service-Zentrum "R.U.S.Z" und verschiedene Gewerkschaftsorganisationen.

Für die Unterzeichner des Offenen Briefes spricht der Umstand, dass die Zukunft der in der Sozialakademie tätigen Mitarbeiter zur Disposition gestellt wurde, "deutlich - und allen Bekundungen zum Trotz - für eine in erster Linie inhaltlich, ja, politisch begründete Neuausrichtung der ksoe".

Bischof Schwarz präsentiert im Vatikan Umweltbericht

St. Pöltner Bischof informiert Kurienkardinal Turkson über kirchliche Umweltinitiativen in Österreich seit Erscheinen des Papstschreibens "Laudato si" vor fünf Jahren

Vatikanstadt (KAP-WD) Der St. Pöltner Bischof Alois Schwarz hat im Vatikan den zuständigen Kurienkardinal Peter Turkson über die kirchliche Umweltarbeit in Österreich informiert. Bei der Begegnung am 21.9. stellte Schwarz dem Leiter des Dikasteriums für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen einen "Zwischenbericht" vor, in dem fünf Jahre nach Erscheinen der Enzyklika "Laudato si" von Papst Franziskus die bisherigen Bemühungen der katholischen Kirche auf Österreichebene wie auch in den einzelnen Diözesen

beschrieben und Zukunftsperspektiven entwickelt werden. Bischof Schwarz ist in der Österreichischen Bischofskonferenz u.a. für Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen zuständig.

In dem Zwischenbericht werden u.a. die drei wesentlichen Ökologie-Ziele der Bischofskonferenz besonders hervorgehoben: ökosoziale Beschaffungsordnung, Energiewende hin zu einem Totalausstieg aus fossiler Energie sowie drittens Leitlinien zur Nachhaltigkeit, die bereits in fast jeder heimischen Diözese erarbeitet wurden.

Turkson betonte in dem Gespräch die ganzheitliche Sichtweise auf Schöpfungsverantwortung, und sprach davon, dass "nur im Dialog aus Ökonomie, Ökologie, Politik, Sozialem und Religiösem" die Themen sinnvoll umzusetzen wären, wie die Diözese St. Pölten in einer Aussendung am 22.9. mitteilte. Der Schöpfungsauftrag werde darin konkret, "dass Gott uns die Welt als Garten überlassen hat, und wir sie nicht als Wüste zurücklassen dürfen", so der Kardinal.

Bischof Schwarz zeigte sich im Anschluss an die Unterredung einmal mehr davon überzeugt, "dass uns Inseldenken in Bezug auf Ökologie nicht weiterbringt, und nur im Dialog und auf den Grundsätzen einer ökosozialen Marktwirtschaft wirklich schöpfungsverantwortliches Handeln wirksam werden kann".

Der von den diözesanen Umweltbeauftragten erstellte Umweltbericht erwähnt weiters

u.a. die Initiative "Autofasten" und hält fest, dass österreichweit bislang zahlreiche kirchliche Organisationen wie Bildungshäuser, Schulverbände, Ordensspitäler, Hochschulen und einzelne Pfarren EMAS-zertifiziert sind. Weitere kämen laufend hinzu. Das "Eco-Management and Audit Scheme" (EMAS) wurde von der Europäischen Union entwickelt und ist ein Gemeinschaftssystem aus Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung für Organisationen, die ihre Umweltleistung verbessern wollen.

Wie dem Umweltbericht weiter zu entnehmen ist, ist ein weiterer Studientag geplant, bei dem sich die heimischen Bischöfe mit den bisher getroffenen Maßnahmen bzw. deren Umsetzungen und weiteren anstehenden ökologischen Schritten befassen wollen. (Infos zur kirchlichen Umweltarbeit: www.schoepfung.at)

Umweltschutz: Jungschar-Kinder pflanzen Bäume und Blumen

Katholische Jungschar fordert Kinderrecht ein, "in einer gesunden und intakten Umwelt aufzuwachsen" - Aktionspaket mit Tipps für Gruppen und Interessierte erschienen

Wien (KAP-WD) In den nächsten Wochen bis zum Tag der Kinderrechte am 20. November setzen Kinder und Jugendliche in ganz Österreich ein sichtbares Zeichen für Umweltschutz und Nachhaltigkeit: Die Katholische Jungschar (KJSÖ) hat ihre Gruppen im ganzen Land aufgerufen, Bäume, Sträucher und Blumen zu pflanzen. Damit soll laut KSJÖ-Aussendung vom 21.9. symbolisch gezeigt werden: "Kinderrechte brauchen starke Wurzeln und eine Erde, auf der wir und kommende Generationen ein gutes Leben führen können."

Eines dieser Kinderrechte sei es, "in einer gesunden und intakten Umwelt aufzuwachsen, in der ein gutes Leben für alle möglich ist". Unverzichtbar dabei seien gesunde Nahrung, saubere Luft, Klimaschutz, der Erhalt der Biodiversität sowie angemessene Lebensgrundlagen. All das gehe auch aus der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) hervor, die vor fünf Jahren von den Staaten der Welt beschlossen wurde. Auch Österreich habe sich verpflichtet, diese bis 2030 umzusetzen, erinnerte die Jungschar.

Begleitend zur "Pflanzaktion" hat die Jungschar als Unterstützung für Gruppen und Interessierte ein Aktionspaket mit Tipps und Tricks so-

wie pädagogische Begleitangebote zusammengestellt. Darin heißt es etwa: "Habt ihr oder die Pfarre ein Grundstück, wo ein Baum gebraucht wird? Falls das Grundstück öffentlich ist, solltet ihr mit der Agrargemeinschaft, Forstbetriebsgemeinschaft oder Gemeinde diesbezüglich Kontakt aufnehmen." Es gibt auch einen Saatkalender und eine Tabelle, welche Pflanzen füreinander "gute und schlechte Nachbarn" sind, bzw. was bei einer Mischkultur zu beachten ist. Im Paket enthalten sind auch PR-Ideen via Flugblätter und Social Media sowie ein Gottesdienstvorschlag zum Thema.

Kinder sind am stärksten betroffen

Mit der am Wochenende gestarteten zweimonatigen Bepflanzungs-Initiative solle ein Zeichen gesetzt werden, "dass wir den Einsatz für unseren Planeten in unserem täglichen Handeln verwurzeln". Gleichzeitig sei aber auch die Politik gefragt, sich mit aller Kraft für den Schutz unserer Umwelt einzusetzen und gegen die drohende Klimakatastrophe aktiv zu werden. Jungschar-Bundvorsitzende Barbara Grüner forderte auch im Sinne der päpstlichen Umwelt-Enzyklika "Laudato si" ein sofortiges entschlossenes Handeln, "um

die Erde, unser gemeinsames Haus, auch für zukünftige Generationen zu bewahren".

Kinder und Jugendliche seien Umweltschäden ausgeliefert wie keine andere Bevölkerungsgruppe.

Jährlich sterben laut WHO bis zu 6 Millionen Kinder unter fünf Jahren an Ursachen, die mit Umweltschäden in Verbindung stehen, wies die Jungschar hin.

Patriarch Bartholomaios I. muss Österreich-Besuch absagen

Wäre zur Grundsteinlegung des orthodoxen Klosters in St. Andrä/Zicksee am 26. 9. angereist - Feier findet mit Metropolit Arsenios, Bischof Zsifkovics und Landeshauptmann Doskozil statt

Wien/Eisenstadt (KAP-WD) Der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. muss seinen geplanten Österreich-Besuch absagen. Der Patriarch wäre am 26. September Ehrengast bei der feierlichen Grundsteinlegung für das orthodoxe Kloster in St. Andrä/Zicksee gewesen. Die griechisch-orthodoxe Metropolis nannte in einer Aussendung "die derzeitige pandemische Entwicklung in zahlreichen europäischen Ländern und die internationale politische Lage" als Gründe für die Absage. Nähere Einzelheiten wurden in der Aussendung nicht gemacht. Die Grundsteinlegung wird dennoch wie geplant am Samstag, 26. September, um 11 Uhr in St. Andrä am Zicksee durch Metropolit Arsenios (Kardamakis), Bischof Ägidius Zsifkovics und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil durchgeführt werden.

Das Ökumenische Patriarchat bzw. die kleine christliche Minderheit in der Türkei steht seit Monaten unter verstärktem politischen Druck. Patriarch Bartholomaios hat aber erst am vergangenen Wochenende bei mehreren Gottesdiensten in Istanbul bekräftigt, dass das Patriarchat seine Wurzeln vor Ort in Konstantinopel (Istanbul) habe. "Wir werden diesen Ort nicht verlassen, auch wenn das viele wollen oder hoffen", zitierte das griechische Nachrichtenportal "Orthodox Times" den Patriarchen und weiter: "Es kommen traurige Tage und manchmal stehen helle Tage bevor. Auf die eine oder andere Weise sind wir optimistisch und ringen weiter um unsere Existenz", zitierte das Nachrichtenportal den Patriarchen wörtlich.

Patriarch Bartholomaios hat das burgenländische Klosterprojekt stets mit großem Wohlwollen begleitet. 2014 stellte die katholische Diözese Eisenstadt dafür ein Grundstück in St. Andrä zur Verfügung. Beim Martinsfest am 11. November 2014 im Eisenstädter Dom überreichte Bischof Zsifkovics die Schenkungsurkunde persönlich an Patriarch Bartholomaios. Das Kloster "Maria Schutz" soll aus vier etwa sechseinhalb Meter hohen Trakten bestehen, die in Form eines Quadrates angeordnet sind. In der Mitte ist eine Kirche vorgesehen, deren höchste Stelle etwa 13 Meter in die Höhe ragen wird.

In einem ersten Schritt soll die Kirche gebaut werden. Dann sollen die weiteren Gebäude folgen, darunter Zellen für die Mönche, Empfangsräume, Bibliothek, Refektorium, Nebenräume und Werkstätten. Acht bis zwölf Mönche sollen in dem Gebäude Platz finden. Auch ein Gästehaus ist geplant.

Die orthodoxe Mönchsgemeinschaft lebt bereits seit 2016 in einem angekauften Haus in St. Andrä. Neben vielen orthodoxen Besuchern sind auch zahlreiche katholische Gläubige zu Gast bei den derzeit sechs Mönchen.

Der Bau der Klosterkirche ist ausfinanziert, doch für die weiteren Vorhaben werden vonseiten der orthodoxen Kirche noch Spenden erbeten. (Spendenkonto: Griechisch-orientalische Metropolis von Austria; IBAN: AT98 1919 0000 0027 7806, Kennwort: "Spende Klosterbau"; weitere Infos: www.orthodoxes-kloster-mariaschutz.at bzw. www.freunde-des-klosters.net)

Bischöfe treffen mit Nationalratspräsident Sobotka zusammen

Austausch mit Parlamentspräsident ist Teil des regelmäßigen Dialogs mit Spitzenpolitikern

Wien (KAP-WD) Eine Delegation der Österreichischen Bischofskonferenz ist mit dem Präsidenten des Nationalrats, Wolfgang Sobotka, zu einem Austausch zusammengetroffen. Das Gespräch

fand auf Einladung Sobotkas am 21.9. im Palais Epstein in Wien statt. Vonseiten der Bischofskonferenz nahmen der Vorsitzende und sein Stellvertreter, Erzbischof Franz Lackner und Bischof

Manfred Scheuer, weiters Militärbischof Werner Freistetter, Weihbischof Anton Leichtfried und Bischofskonferenz-Generalsekretär Peter Schipka an dem Dialog teil.

Im Zentrum der Begegnung stand die "Diskussion aktueller gesellschaftspolitischer Fragestellungen sowie die Auslotung von Kooperationsmöglichkeiten auf den verschiedenen Themenfeldern", wie der Nationalratspräsident danach mitteilte. Sobotka dankte den Bischöfen für den "konstruktiven Gedankenaustausch" und versicherte: "Wir werden auch künftig den Dialog pflegen und weiter vertiefen."

Der erstmals in dieser Form geführte Austausch mit dem Nationalratspräsidenten ist Teil eines regelmäßigen Dialogs mit den politischen Spitzen des Landes, den die Österreichische Bischofskonferenz zuletzt intensiviert hat. So gibt es seit zwei Jahren Spitzengespräche der Bischofskonferenz mit allen im Parlament vertretenen Parteien. Nach Begegnungen mit ÖVP, SPÖ und FPÖ ist derzeit ein Gespräch mit den Grünen in Planung. Mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen ist die gesamte Bischofskonferenz im November vergangenen Jahres zusammengetroffen.

Kirchen trauern um früheren ÖRKÖ-Vorsitzenden Pöll

"Ökumene-Bischof" Scheuer würdigt ehemaligen methodistischen Superintendenten

Wien (KAP-WD) Der frühere evangelisch-methodistische Superintendent und Vorsitzende des Ökumenischen Rats der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ), Lothar Pöll, ist am 16.9. nach langer Krankheit im Alter von 68 Jahren verstorben. Das gab die Evangelisch-methodistische Kirche in Österreich (EmK) tags darauf bekannt. Der Linzer Bischof Manfred Scheuer, in der Bischofskonferenz für Ökumene zuständig, würdigte den Verstorbenen in einer Kathpress vorliegenden Stellungnahme für dessen ökumenische Verdienste und menschliche Qualitäten.

"Die Nachricht vom Tod Lothar Pölls erfüllt mich mit Trauer und Dankbarkeit. Mehrere Jahre haben wir im Ökumenischen Rat der Kirchen in Österreich zusammengearbeitet, in besonderer Weise auch in seiner Zeit als Vorsitzender des ÖRKÖ", so Bischof Scheuer wörtlich. Die katholische Kirche verliere mit Pöll "einen Freund und wichtigen Gesprächspartner." Die "kleine" methodistische Kirche in Österreich sei immer ganz groß in der Ökumene. Scheuer erinnerte etwa daran, dass Superintendent Pöll bei der Initiative und beim Projekt "Sozialwort 10+" federführend dabei war.

Tief betroffen vom Tod Pölls hat sich auch der aktuelle Vorsitzende des Ökumenischen Rates, Domdekan Prof. Rudolf Prokschi, gezeigt. Die Kirchen in Österreich würden mit Pöll einen großen Vertreter und Verfechter der Ökumene verlieren. Über seine ökumenische Offenheit hinaus habe sich der Verstorbene durch sein seelsorgliches Engagement und seine herausragenden Predigten einen Namen gemacht. Wenn sich Superintendent Pöll zu Wort gemeldet hat, dann sei dies auch stets fundiert und ausgewogen gewesen, so Prokschi.

Auch Pölls Amtsnachfolger Superintendent Stefan Schröckenfuchs, der evangelisch-lutherische Bischof Michael Chalupka und der evangelisch-reformierte Landessuperintendent Thomas Hennefeld würdigten den Verstorbenen in Stellungnahmen.

Der 1951 geborene gelernte Elektrotechniker Pöll, der erst spät zur Theologie und zu seiner Berufung als Pfarrer kam, war 15 Jahre lang Superintendent der Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich, ehe er 2016 emeritierte. Von 2014 bis 2016 stand er dem ÖRKÖ vor.

Neue geschäftsführende Caritasdirektoren der Erzdiözese Wien

Alexander Bodmann und Klaus Schwertner unterstützen künftig Michael Landau an der Spitze der Wiener Caritas - Kardinal Schönborn: "Brauchen gerade jetzt eine mutige Caritas"

Wien (KAP-WD) Mit 1. September wurden Alexander Bodmann und Klaus Schwertner von Kardinal Christoph Schönborn per Dekret und "mit

bischöflichem Auftrag" zusätzlich zu ihren bestehenden Aufgaben zu Geschäftsführenden Direktoren der Caritas der Erzdiözese Wien ernannt.

Das gab die Wiener Caritas am 21. September bekannt. Ihre bisherige Funktion als Geschäftsführer bzw. Generalsekretär der Caritas-Wien behalten beide weiterhin bei. Die neue Aufgabe übernehmen sie zusätzlich und befristet für vorerst drei Jahre.

Michael Landau ist weiterhin Direktor der Caritas der Erzdiözese Wien, kann künftig aber von den beiden neuen Geschäftsführenden Direktoren in allen wesentlichen Aufgaben nach innen und außen vertreten werden, wie es heißt. Drängend und sinnvoll sei diese Veränderung deshalb geworden, weil Landau seit heuer nicht nur der Caritas in Wien und Österreich vorsteht,

sondern im Mai auch zum Präsidenten von Caritas Europa gewählt wurde.

Kardinal Schönborn betonte in einer Stellungnahme, die Caritas mit ihren tausenden Freiwilligen leiste gerade jetzt einen "unverzichtbaren Beitrag für den sozialen Zusammenhalt, für Menschen, die Hilfe brauchen, ob in der Pflege, am Ende des Lebens, in Obdachlosigkeit, in Einsamkeit, wirtschaftlicher Not hier in Österreich, im Elend der Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln oder an so vielen Orten weltweit". Gerade jetzt brauche es eine "mutige Caritas, die überall, wo es Not tut, für Menschenwürde eintritt".

A U S L A N D

Vatikan bekräftigt Verbot aktiver Sterbehilfe

Glaubenskongregation bezeichnet lebensverkürzende Maßnahmen als Zeichen einer "Wegwerfkultur" - Zugleich Positionierung gegen "unverhältnismäßigen und entmenschlichenden Einsatz von Technologien" vor allem in kritischen Lebensphasen

Vatikanstadt (KAP-WD) Aus Sicht des Vatikan bleiben aktive Sterbehilfe und assistierter Suizid weiter ethisch verboten. In einem am Dienstag veröffentlichten Papier bekräftigt die Glaubenskongregation die katholische Lehre, nach der solche Schritte die ethischen und rechtlichen Grenzen der Selbstbestimmung überschreiten. Zugleich wendet sich die Vatikanbehörde gegen einen "unverhältnismäßigen und entmenschlichenden Einsatz von Technologien", vor allem in den kritischen Phasen des Lebens. Das 23 Seiten umfassende Schreiben auf Italienisch trägt den Titel "Samaritanus bonus" ("Der barmherzige Samariter").

Lebensverkürzende Maßnahmen seien Zeichen einer "Wegwerfkultur" und keine Lösungen für die Probleme todkranker Patienten, heißt es in dem als "Brief" bezeichneten Dokument, das die Unterschriften von Glaubenspräfekt Kardinal Luis Ladaria Ferrer und dem Sekretär der Kongregation, Erzbischof Giacomo Morandi, trägt. Das Schreiben betont die unaufgebbare Würde des Menschenlebens "auch in seinen extremen Phasen des Leidens und Todes".

Schmerz und Tod könnten nicht die letzten Kriterien sein, nach denen sich die Menschenwürde bemesse, so die Glaubensbehörde. In komplexen Gesundheitssystemen drohe das Verhält-

nis zwischen Arzt und Patient auf technische und vertragliche Aspekte reduziert zu werden. Dieses Risiko bestehe vor allem in Ländern, in denen man Beihilfe oder gar gewerbsmäßige Hilfe zum Suizid sowie Tötung auf Verlangen legalisiere.

Hinter dem Verlangen von Schwerkranken nach einer Beendigung ihres Lebens stehe fast immer der Ruf nach Hilfe und Liebe, so das Schreiben weiter. Die Antwort darauf müsse in Beistand und Zuneigung liegen. Faktoren bei einem Todeswunsch seien auch nicht behandelte Schmerzen, Mangel an "menschlicher und christlicher Hoffnung" und unzureichende psychologische und spirituelle Betreuung.

Legitim ist es aus Sicht der katholischen Kirche hingegen, solche Maßnahmen abzulehnen, die nur eine geringfügige und schmerzhaft Lebensverlängerung bewirken. Ein Verzicht auf unverhältnismäßige Therapien könne in Achtung vor dem Willen der sterbenden Person erfolgen. Das Dokument verweist dabei auf die Möglichkeit von Patientenverfügungen.

Am aktuellen gesellschaftlichen Umgang mit Leid kritisiert der Vatikan eine verengte Auffassung von Lebensqualität und ein falsches Verständnis von Mitgefühl, ferner einen Individualismus, der andere als Last betrachtet, und einen heimlichen Wunsch nach Befreiung von den

Grenzen der Körperlichkeit. Angst vor Leiden und Tod seien Hauptursachen für den Versuch, die "Ankunft des Todes zu kontrollieren" und zu managen.

Der Empfang von Beichte und Krankensalbung ist laut dem Dokument für jene Menschen, die um aktive Sterbehilfe oder Suizidbeihilfe bitten, nicht möglich, sofern sie sich von ihrer Entscheidung nicht distanzieren. Dennoch sei eine nahe Begleitung dieser Personen angebracht, um den Weg zur Zulassung zu den Sakramenten wieder zu öffnen, heißt es - "besonders wenn die Euthanasie nicht sofort oder unmittelbar bevorsteht". Jegliche Geste der Zustimmung zu der Entscheidung müsse jedoch vermieden werden, um nicht "Mittäter" zu werden.

Lob für Palliativmedizin

Nachdrücklich spricht sich die Glaubenskongregation in dem neuen Schreiben für eine Förderung der Palliativmedizin aus, besteht jedoch auf einer klaren Abgrenzung zur Suizidbeihilfe; diese sei in einigen Ländern nicht gegeben. Auch eine

"Herbeiführung des Todes" durch die Einstellung künstlicher Ernährung wird als unzulässig abgelehnt.

Eine Palliativversorgung verlangt die Kirche auch im Fall von lebensverkürzenden Erkrankungen von Embryonen und Neugeborenen. In dem Zusammenhang spricht das Dokument von einer "manchmal obsessiven Anwendung der Pränataldiagnostik". Eine Abtreibung sei unter keinen Umständen erlaubt. Die "Verwendung der Pränataldiagnostik für selektive Zwecke" sei Ausdruck einer "eugenischen Mentalität" und in schwerwiegender Weise unzulässig.

In seiner Argumentation fußt das Papier im Wesentlichen auf einer früheren Erklärung der Glaubenskongregation von 1980 und auf Lehrschreiben von Papst Johannes Paul II. (1978-2005), aber auch auf Äußerungen des amtierenden Papstes Franziskus. Dieser beklagte wiederholt eine "Wegwerfkultur" gegenüber Kranken und Schwachen, mangelnde Zuwendung zu Leidenden und neue Vorstellungen einer individualistischen Selbsterlösung

Papst segnete Gruppe autistischer Kinder aus Österreich

Kinder des St. Pöltner Ambulatoriums "Sonnenschein" kamen in Begleitung von Landeshauptfrau Mikl-Leitner und Bischof zu Privataudienz in den Vatikan - Franziskus: "Ich bin glücklich, eure Gesichter zu sehen und ich lese in euren Augen, dass ihr auch glücklich seid"

Vatikanstadt (KAP-WD) Papst Franziskus hat am 21. September eine Gruppe autistischer Kinder aus Österreich im Vatikan empfangen. Die acht Mädchen und Buben aus dem sozialpädiatrischen Zentrum "Sonnenschein" in St. Pölten wurden von der niederösterreichischen Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP), dem St. Pöltner Bischof Alois Schwarz und ihren Eltern sowie Landesrat Martin Eichtinger begleitet. In einer kurzen Ansprache ermunterte der Papst die Kinder, dankbar zu sein. Danke zu sagen - für das Leben, die Geschöpfe, die Eltern und Betreuer -, sei eine einfache und schöne Art des Gebets.

"Ich freue mich, eure Gesichter zu sehen, und ich lese es in euren Augen, dass auch ihr glücklich seid, ein wenig hier bei mir zu sein", wandte sich der Papst an die Kinder. "Gott hat die Welt mit einer großen Vielfalt von Blumen aller Farben geschaffen. Jede Blume hat ihre Schönheit, die einzigartig ist. Auch jeder von uns ist in Gottes Augen schön, und Gott hat uns gern. Deshalb fühlen wir das Bedürfnis, Gott Danke zu

sagen. Danke für das Geschenk des Lebens, Danke für alle Geschöpfe! Danke für Mama und Papa! Danke für unsere Familien", sagte Franziskus.

Zum Abschluss bat der Papst die Gruppe auf Deutsch, auch für ihn zu beten, "denn diese Arbeit ist nicht einfach". Auch den abschließenden Segen spendete Franziskus, der sonst fast nur Italienisch oder Spanisch spricht, auf Deutsch. Als Geschenk überreichten die Kinder dem Papst ein selbstgemaltes Bild mit einem Sonnen-Motiv. Es war die erste Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die der Papst seit Beginn der Pandemie im Vatikan empfing.

Autismus, so erläuterte Mikl-Leitner in ihrer Ansprache bei der Begegnung mit dem Papst, sei eine Entwicklungsstörung. Werde diese so früh wie möglich erkannt, gebe es gute Chancen, "die Kommunikation und Interaktionsfähigkeit der Kinder zu stärken, damit sie ein selbstbestimmtes Leben führen können". Neben dem

Einsatz für die Kinder seien dafür auch Begleitung und Unterstützung der Eltern wichtig.

Schwarz: "Du hast unverletzliche Würde"

Auch Bischof Schwarz sprach den Kindern Mut zu. Jeder Mensch habe seine unverbrüchliche Würde und sei von Gott absolut geliebt, betonte er nach Angaben des Portals "Vatican News": "Ob du langsam bist oder schnell, ob du es gut hast im Leben oder nicht, du hast eine unverletzliche Würde. Den Glanz der göttlichen Würde sehen wir in jedem Kind mit seinen besonderen Bedürfnissen und in jedem Erwachsenen, auch in allen Alten und Kranken. Das Leben ist eine solche Kostbarkeit, die dem Menschen geschenkt ist, dass wir herausgefordert sind, diese Kostbarkeit von Anfang bis zum Ende zu hüten und sie durch nichts zu beschränken."

Wie Landeshauptfrau Mikl-Leitner der Nachrichtenagentur Kathpress in Rom sagte, kam

die Idee zu der Reise von den Kindern selbst; die Gruppe habe sich monatelang vorbereitet. Das 1995 gegründete sozialpädiatrische Zentrum "Ambulatorium Sonnenschein" gilt überregional als Kompetenzzentrum für Diagnose und Therapie von Kindern und Jugendlichen mit Autismus-Spektrum-Störungen (ASS). Die Einrichtung betreut derzeit rund 120 autistische Kinder im Alter zwischen sieben und 14 Jahren. Ihnen und ihren Familien biete das Zentrum Therapien und Begleitung an mit dem Ziel, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen, so Mikl-Leitner.

ASS-Störungen zeigen sich in der Regel ab dem dritten Lebensjahr in mehreren Verhaltensbereichen. Dazu zählen Probleme beim wechselseitigen sozialen Umgang und Austausch, Auffälligkeiten etwa bei Blickkontakt und Körpersprache oder eingeschränktes Interessen mit sich wiederholenden, stereotypen Verhaltensweisen.

Franziskus bekundet Rückhalt für Homosexuelle

Mitglieder einer italienischen Initiative von Eltern homo- und transsexueller Töchter und Söhne nahmen an Generalaudienz im Vatikan teil

Rom (KAP-WD) Papst Franziskus hat erneut Rückhalt für Homosexuelle bekundet. Gott und die katholische Kirche liebten solche Personen "so, wie sie sind", sagte er laut Mara Grassi vom italienischen Verein "Tende di Gionata", einer Initiative von Eltern homo- und transsexueller Töchter und Söhne. Nach Angaben Grassis in der italienischen Tageszeitung "La Repubblica" äußerte sich der Papst am Rande seiner Generalaudienz am 16. September im Vatikan.

Mitglieder der Elterninitiative überreichten Franziskus dabei ein T-Shirt mit Regenbogen-

farben und dem Bibelzitat "In der Liebe gibt es keine Furcht" (1. Johannesbrief 4,18). Der Verein "Tende di Gionata" geht auf den Priester David Esposito zurück, der sich für eine offene Haltung gegenüber Homosexuellen in der katholischen Kirche einsetzte.

Laut Vizepräsidentin Grassi war es das erste Mal, dass sich ihre Organisation Papst Franziskus vorstellte. Das vatikanische Presseamt teilte über die kurze Begegnung nichts mit.

Vatikan bremst Mahlgemeinschaft von Katholiken und Protestanten

Glaubenskongregation an Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz: Unterschiede im Eucharistie- und Amtsverständnis zwischen Katholiken und Protestanten noch zu gewichtig

Vatikanstadt (KAP-WD) Der Vatikan hat gegenseitigen Abendmahls-Einladungen von Katholiken und Protestanten eine theologisch begründete Absage erteilt. Die Unterschiede im Eucharistie- und Amtsverständnis seien "noch so gewichtig", dass sie eine Teilnahme katholischer und evangelischer Christen an der Feier der jeweils anderen Konfession derzeit ausschließen. Auch für eine

"individuelle Gewissensentscheidung" gebe es keine Grundlage, heißt es in einem Kathpress vorliegenden Schreiben der Glaubenskongregation an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing. Dem Schreiben beigelegt ist ein theologischer Anhang, der im Einzelnen die Punkte des ÖAK-Papiers kritisch analysiert.

Die oberste katholische Glaubensbehörde äußert damit Einwände gegen ein gemeinsames Votum des Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologen (ÖAK) zur wechselseitigen Teilnahme an Abendmahl und Eucharistie. Deren Text vom vergangenen September, den auch Bätzing mitverantwortete, sollte zur Überwindung einer langjährigen Blockade beitragen. Bätzing hatte unlängst angekündigt, dieses Modell werde auch beim Ökumenischen Kirchentag in Frankfurt im kommenden Jahr Anwendung finden.

Nach Auffassung der Glaubenskongregation, deren Schreiben auf den 18. September datiert und von Kardinal Luis Ladaria Ferrer als Präfekt sowie Kurienerzbischof Giacomo Morandi als Sekretär unterzeichnet ist, sind einige Fragen des "katholischen Grundverständnisses von Kirche, Eucharistie und Weiheamt" in dem Dokument "nicht ausreichend geklärt". Eine Öffnung für eine eucharistische Mahlgemeinschaft mit der Evangelischen Kirche in Deutschland würde zum derzeitigen Stand "notwendigerweise neue Gräben im ökumenischen Dialog mit den Orthodoxen Kirchen" über Deutschlands Grenzen hinaus aufwerfen.

Konkret sieht der Vatikan die "Beziehungseinheit von Eucharistie und Kirche" unterbewertet. Auch würden "wesentliche theologische und unverzichtbare Einsichten" des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965) und der gemeinsamen Tradition mit der Orthodoxie nicht ausreichend gewürdigt. Annäherungen im Eucharistie- und Amtsverständnis in internationalen katholisch-lutherischen Dialogforen fänden in dem Ökumene-Text keinen Widerhall.

Die Kongregation verwies darauf, auch die Bischofskonferenz selbst sehe die "Notwendigkeit einer weiteren theologischen Vertiefung bestimmter Kernthemen wie der Frage der Realpräsenz und des Opferbegriffs der Eucharistie". Damit verbunden seien auch die Frage des Weiheamts und des Zusammenhangs zwischen Taufe, Eucharistie und Kirchengemeinschaft.

Tätig wurde die Glaubenskongregation nach eigenen Angaben, nachdem die Bischofskongregation in Rom ihr am 20. Mai den Text "Gemeinsam am Tisch des Herrn" zur Beurteilung zugesandt hatte. Zuvor hatten die deutschen katholischen Bischöfe auf ihrer Frühjahrsvollversammlung und die Ökumenekommission der Bischofskonferenz das Votum des Ökumenischen Arbeitskreises diskutiert.

Angelus: Franziskus kritisiert fehlenden Aufbruchgeist

Vatikanstadt (KAP-WD) Papst Franziskus macht fehlenden Aufbruchgeist für Missstände in der katholischen Kirche verantwortlich. Wer hinausgehe, riskiere die Gefahr eines Unfalls, sagte er am 20. September auf dem Petersplatz. Besser sei aber eine Kirche, die bei der Verkündigung des Evangeliums verunglücke, als eine "aus Abschottung krank gewordene Kirche". Auch Gott gehe immer heraus, weil er die Menschen liebe, sagte der Papst.

Beim Angelus-Gebet hat der Papst auch Menschenrechte und ökologisches Handeln als grundlegende Bildungsziele gefordert. Es sei

"wichtiger denn je", junge Menschen "für die Sorge um die Menschenwürde und das gemeinsame Haus" auszubilden, sagte er. Dabei betonte Franziskus die Rolle katholischer Bildungseinrichtungen wie der Universität Sacro Cuore in Mailand. Diese habe etlichen Generationen eine Tür zur Zukunft geöffnet.

Am 4. Oktober veröffentlicht Papst Franziskus ein großes Lehrschreiben mit dem Titel "Fratelli tutti", das sich Erwartungen zufolge mit einer globalen Neuorientierung nach der Coronapandemie befassen wird.

Bischof Bätzing: "Diakonat der Frauen halte ich für sehr legitim"

Deutscher Bischofskonferenz-Vorsitzender sieht "Frauenfrage" in der Kirche nicht beantwortet

Bonn (KAP-WD) Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing, hält die Debatte über die Weihe von Frauen in der katholischen Kirche nicht für abgeschlossen. "Das

Diakonat der Frauen halte ich für sehr legitim", sagte er in einem Interview des Deutschlandfunks (20. September). Das Reformprojekt Synodaler Weg der katholischen Kirche in Deutsch-

land könne im Vatikan um eine Prüfung und Einführung bitten, wenn die Mehrheit dies wolle. Endgültige Entscheidungen könne aber nur ein Konzil treffen.

Damit widersprach der Limburger Bischof unter anderem dem Kölner Erzbischof Kardinal Rainer Maria Woelki, der zuvor in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) gesagt hatte, die Diskussion über die Frauenordination, also die Weihe von Frauen, führe nicht zum Ziel: "Denn diese Frage ist definitiv mit höchster Lehrautorität entschieden worden durch Papst Johannes Paul II." Wenn man die Frage so behandle, als sei sie offen, finde die Diskussion "außerhalb der Lehre der Kirche statt".

Die Frage nach der Frauenweihe hätten Päpste "für geschlossen erklären" wollen, sagte Bätzing: "Wir nehmen aber wahr, dass sie einfach da ist." Auch Männer, etwa Priester und Bischöfe, stellten sie sich: "Die Frage ist da und muss gestellt werden."

"Ein Feminist bin ich sicher nicht"

Der Bischofskonferenz-Vorsitzende betonte weiter, er sehe sich in dieser Frage nicht nur als Moderator zwischen den verschiedenen Positionen im deutschen Episkopat: "Ein Feminist bin ich sicher nicht. Aber es ist mir ein hohes Anliegen". Er verglich die "Frauenfrage" mit dem Thema Klimawandel: "Wenn man Zeiten verpasst, um bestimmte Entscheidungen zu treffen, hat das zum Teil verheerende Auswirkungen."

Die Kirche habe schon viele Gruppierungen verloren: "Die Arbeiter sind der Kirche verloren gegangen. Die Jugend ist ganz schwer ansprechbar für Kirchenbindung und kirchliche Prägungen." Es bestehe die Gefahr, dass "das

nächste Kippen" bevorstehe, "da sich einfach ganz viele Frauen in ihrer Kirchenbindung abgehängt sehen oder selber abhängen".

"Es geht wirklich darum, dass damit ja vor allem die Weitergabe des Glaubens stockt", sagte Bätzing. Frauen trügen zu einem ganz großen Teil das kirchliche Leben in ihrem diakonischen Handeln und in der Glaubensweitergabe. Wenn dies verloren gehe, "dann ist die Kirche in ihrem Bestand gefährdet". Viele Frauen berichteten ihm sogar, dass sie sich von der Kirche entfernten, um ihren Glauben zu retten: "Das ist sozusagen die Umkehr dessen, was wir eigentlich anstreben."

Zu wenige Frauen an Schlüsselstellen

Die Frage betreffe nicht nur Weiheämter, fügte der Limburger Bischof hinzu. "Wir haben zu wenige Frauen, die an den Entscheidungsprozessen und an den Schlüsselstellen der Kirche beteiligt sind." In Gremien und Leitungsstrukturen sei noch "erheblicher" Fortschritt möglich, was die Beteiligung von Frauen angehe.

Es sei noch nicht lange her, dass die Kirche "die deutliche Gleichheit aller Menschen" anerkannt habe, ergänzte der Bischof. "Da mussten wir mühsam etwas erringen, was aus der Kirche ausgewandert und über die Aufklärung und die Forderungen der Revolution und der Demokratiebewegung zu uns kam, wieder aufnehmen."

Er frage sich, ob es in der Geschlechterfrage nicht auch an dem Punkt sei zu sagen: "Hier haben christliche Werte die gesellschaftliche Diskussion so weit getrieben und so weit gebracht, dass wir uns als Kirche irgendwann auch dazu verhalten müssen und sagen: 'Ja, es gibt keine Trennung zwischen männlich und weiblich, denn ihr alle seid einer in Christus.'"

Deutscher Unternehmer sichert sich Kreuzinschrift "INRI" als Marke

Eintragung gilt laut Medienberichten EU-weit für Lederwaren, Textil, Kosmetika und Getränke

München (KAP-WD) Ein deutscher Unternehmer hat sich laut Medienberichten den als Jesu Kreuzinschrift bekannten Begriff "INRI" als EU-weite Marke gesichert. Die Eintragung gilt demnach für die vier Nutzerklassen Lederwaren, Textil, Kosmetika und Getränke. Nun will der ansonsten als Immobilien-Investor tätige Werner Lustig (58) aus Aichach bei Augsburg Produkte mit dem Schriftzug auf den Markt bringen, wie es heißt. Erste T-Shirts habe er bereits produzieren lassen.

Der "Augsburger Allgemeinen" zufolge kam Lustig die Idee zu seinem Projekt beim Betrachten eines Wegkreuzes. Dem Ingolstädter "Donaukurier" sagte der Unternehmer, er sei ein gläubiger Mensch und fünf Jahre lang Ministrant gewesen. Und weiter: "Jeder sollte seinen Glauben auf dem Herzen tragen." Daher stehe auf den T-Shirts vorne auf der Brust mittig der "INRI"-Schriftzug in goldener Farbe. Auf der Rückseite sei ein Bild des Jesus-Porträts vom Turiner Grabtuch zu sehen, in dem der Gottessohn nach der

Kreuzigung begraben worden sein soll. Im inneren Nackenbereich sei "Consummatum est" zu lesen - "Es ist vollbracht", laut Bibel die letzten Worte Jesu am Kreuze.

Spätestens ab Ende Oktober sollen die T-Shirts in einem Webshop, bei ausgewählten Einzelhändlern und auf Messen zu kaufen sein, so der "Donaukurier" weiter. Produziert würden die Stücke in Bangladesch. Er habe dazu einen Hersteller ausgesucht, der sich vor Ort für gute Arbeitsbedingungen einsetze und gemeinnützig engagiere, sagte Lustig. Ein Teil des Erlöses solle für soziale Zwecke eingesetzt werden.

Lustig erklärte, er selbst sei überrascht gewesen, dass man sich eine Marke wie "INRI" sichern könne. Doch er möge es, originelle Ideen in die Tat umzusetzen. Man müsse sich einfach trauen. "Der Glauben versetzt Berge, und danach handle ich auch." Er habe auch mit einigen Geistlichen über sein Vorhaben gesprochen - "die fanden das toll".

"INRI" ist die überlieferte lateinische Inschrift des römischen Statthalters Pontius Pilatus am Kreuzbalken Christi. Sie steht für "Jesus Nazarenus Rex Iudaeorum" ("Jesus von Nazareth, König der Juden").

Parolin: Stepinac-Heiligsprechung darf Einheit nicht gefährden

Kardinalstaatssekretär für Geduld bei Kanonisation des früheren Zagreber Erzbischofs

Zagreb (KAP-WD) Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin hat die bislang zurückhaltende Position des Vatikans im Verfahren um die Heiligsprechung von Kardinal Aloizije Stepinac verteidigt. Bei allem Verständnis für den berechtigten Wunsch der kroatischen Kirche sei es Papst Franziskus wichtig, dass diese Kanonisation ein "Moment der Einheit der gesamten Kirche" sei und nicht zu neuen Konflikten und Auseinandersetzungen führe. Dies erfordere von der Kirche in Kroatien natürlich Geduld. Aber eine Heiligsprechung sei nun einmal ein Akt der gesamten Kirche, so die vatikanische "Nummer Zwei" im Interview mit der kroatischen Kirchenzeitung "Glas Koncila".

Zugleich drückte der Kardinalstaatssekretär die Hoffnung aus, dass neuer Schwung in den ins Stocken geratenen Dialog mit der serbisch-orthodoxen Kirche komme. "Der Standpunkt von Papst Franziskus ist bekannt, dass nämlich der Dialog der einzige Weg ist, Unterschiede zu überwinden und gegensätzliche Positionen zu versöhnen" so der Kardinal, der zugleich die Hoffnung ausdrückte, dass dieser Dialog am Ende die "ersehnten Früchte tragen wird".

Stepinac wurde am 8. Mai 1898 im damals zu Österreich-Ungarn gehörenden Krasic geboren. Er war von 1937 bis 1960 Erzbischof von Zagreb. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der kommunistischen Machtübernahme wurde Stepinac in einem Schauprozess zu 16 Jahren Haft verurteilt, weil er während des Zweiten Weltkriegs mit den kroatischen Faschisten kollaboriert haben soll. Nach sechs Jahren Haft musste

er die restliche Zeit bis zu seinem Tod in Hausarest verbringen. Papst Johannes Paul II. hatte Stepinac 1998 als Märtyrer selig gesprochen.

Angesprochen auf die weltweiten Krisen, betonte der vatikanische Staatssekretär im Glas-Koncila-Gespräch, dass der Nahe Osten natürlich eines der Hauptkrisengebiete sei. Angesichts der aber weltweit "beinahe überall" verbreiteten Krisenherde, sei es das Anliegen der Kirche, den Sinn für die Brüderlichkeit unter den Menschen zu fördern. Dies sei auch das zentrale Anliegen der neuen Enzyklika, die Papst Franziskus Anfang Oktober in Assisi veröffentlichen werde.

Problem Abschottung einzelner Staaten

Das Problem der Gegenwart sei eine globale Abschottung einzelner Staaten verbunden mit einem Überlegenheitsgefühl, mit dem sich die Logik von Gewalt zur Wahrung von Eigeninteressen verbindet. Die Antwort der Kirche darauf sei klar: "Wir müssen neu entdecken, dass wir eine Familie sind, und dass wir einander helfen müssen. Wenn wir uns retten möchten, können wir das nur gemeinsam tun". Auch die Corona-Krise sei eine Gelegenheit für eine Neubesinnung auf "eine menschlichere, brüderliche und solidarische Weise", die Probleme zu bewältigen.

Bezugnehmend auf die auch in Kroatien neu entbrannte Diskussion um den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen, betonte der vatikanische Staatssekretär, dass die Kirche trotz aller Einwände der säkularen Gesellschaft auf ihre Präsenz im öffentlichen Raum bestehe. Der Kirche gehe es nicht um ein konfessionelles Ei-

geninteresse, sondern sie leiste vielmehr einen Beitrag zur Humanisierung. Ihre Präsenz in den verschieden gesellschaftlichen Gebieten sei keine

Einmischung in fremde Angelegenheiten, sondern stehe immer "im Dienst am Menschen und der Gesellschaft".

Spanien: Kirche kritisiert Diktatur-Aufarbeitung der Regierung

Bedenken von Bischofskonferenz-Vorsitzender Omella gegen Zeitpunkt und gesellschaftliche Folgen des Gesetzes zur "demokratischen Erinnerung"

Madrid (KAP-WD) Spaniens Kirche hat scharfe Kritik an der neuen Gesetzesinitiative geübt, mit der die sozialistische Regierung von Ministerpräsident Pedro Sanchez die faschistische Vergangenheit aufarbeiten will. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Barcelonas Erzbischof Juan Jose Omella, forderte die Regierung auf, in Zeiten der Wirtschaftskrise und der Corona-Pandemie keine Gesetze zu beschließen, die die spanische Gesellschaft noch mehr spalten und aufwühlen könnten.

Die Linksregierung in Madrid brachte Mitte September ein Gesetz zur "demokratischen Erinnerung" auf den Weg, um "historischer Ungerechtigkeit" ein Ende zu setzen. Die Initiative, die in den kommenden Wochen noch vom Parlament abgesegnet werden muss, soll vor allem Hinterbliebene von Opfern des Franco-Regimes bei der Suche ihrer Familienangehörigen unterstützen.

Sie öffnet aber auch die Tür, um Verbrechen während der Diktatur juristisch verfolgen zu können. Bisher war dies wegen großzügiger Amnestiegesetze von 1977 nicht möglich. Eine neue Abteilung der Staatsanwaltschaft soll sich auf die Untersuchung von Menschenrechtsver-

letzungen während des Franco-Regimes spezialisieren.

Sobald das Gesetz verabschiedet ist, steht "Verherrlichung der Diktatur" unter Strafe mit bis zu 150.000 Euro Bußgeld. Zudem soll ein neuer Lehrplan der Aufklärung über den Bürgerkrieg (1936-1939) und die anschließende Diktatur (bis 1976) ein größeres Gewicht im Unterricht geben.

Das "Tal der Gefallenen", dessen Mausoleum bis vor wenigen Monaten die Überreste von Diktator Francisco Franco beherbergte und ein Pilgerort von Faschisten war, soll in einen zivilen Friedhof und in ein "Nationales Gedächtnis- und Dokumentationszentrum" über die franquistische Diktatur verwandelt werden. Damit müsste auch der Benediktiner-Orden die dortige Basilika verlassen.

"Die Politiker sollten sich um die Dinge kümmern, die den Menschen wirklich am Herzen liegen, wie die Corona-Pandemie und ihre schweren Wirtschaftsfolgen. Ich glaube nicht, dass viele Menschen sich derzeit dafür interessieren, ob die Benediktiner das Kloster im Tal der Gefallenen verlassen müssen", erklärte Erzbischof Omella im Interview des Radiosenders COPE.

US-Kardinal: Wahl von Joe Biden kein Problem für Katholiken

Erzbischof von Newark, Tobin, will seine Äußerungen aber nicht als ausdrückliche Wahlempfehlung verstanden wissen

Washington (KAP-WD) US-Kardinal Joseph Tobin aus Newark hat seine Aussagen zu Präsidentschaftskandidat Joe Biden präzisiert. Seine positiven Äußerungen wolle er nicht als ausdrückliche Wahlempfehlung verstanden wissen, heißt es in einer offiziellen Stellungnahme seiner Diözese. Er habe vor allem an die staatsbürgerliche Verantwortung zum Wählen erinnern wollen.

Der 2017 von Papst Franziskus zum Kardinal ernannte Tobin, der auch dem Vatikan-Wirtschaftsrat angehört, hatte am 15. September

in einer Online-Podiumsdiskussion gesagt, er sehe für Katholiken kein Problem, "mit gutem Gewissen für Herrn Biden zu stimmen". Keine der politischen Parteien vertrete die katholische Lehre vollständig. Ihm selbst falle es moralisch schwer, jemanden wie Donald Trump zu wählen.

Tobins Äußerung steht im Kontrast zur Haltung vieler konservativer Bischöfe, die versuchen, das Thema Abtreibung zu einem Ausschlusskriterium zu machen. Katholik Biden ist nach eigener Aussage persönlich gegen Abtrei-

bungen, unterstützt aber den straffreien Zugang von Frauen zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen.

Anfang September hatte Joseph Strickland, Bischof der US-Diözese Tyler in Texas, das Video eines Priesters begrüßt, der Katholiken warnte, für Joe Biden und die Demokraten zu stimmen: "Man kann nicht katholisch und ein Demokrat sein", hatte der Priester in dem Video

gesagt und das Wahlprogramm der Demokraten als "sündhaft" bezeichnet.

Die Kirche habe die Pflicht, "unmoralische Politik zu verurteilen". Jene, die Abtreibungen billigten, seien "verdammte"; ihnen sei "der Eintritt in den Himmel verwehrt". In den USA dürfen Kleinerer aufgrund des Sonderstatus von Kirchen als gemeinnützige Organisationen keine expliziten Wahlempfehlungen abgeben.

Palästina: Covid bringt Caritas an Grenzen der Hilfeleistung

Direktorin der Caritas Jerusalem, Sr. Bridget Tighe, bei ICO-"Orient-Online-Tag": Kein soziales Netz in Palästina - Bevölkerung und Hilfsorganisationen am Ende

Linz/Jerusalem/Amman (KAP-WD) Für viele Menschen in Palästina geht es nach einem halben Jahr Covid-Pandemie um das reine Überleben. Das berichtete Sr. Bridget Tighe, Direktorin der Caritas Jerusalem, in einer Videobotschaft im Rahmen des "Orient-Online-Tages" (21. September) der österreichischen "Initiative christlicher Orient" (ICO). "Die Menschen nutzen ihre Ersparnisse, Familien helfen sich gegenseitig, Kirchen und Moscheen helfen den Ärmsten, und Organisationen, einschließlich der Caritas, geben Lebensmittel, Hygieneartikel, Lernspielzeug für Kinder und andere Nothilfe einschließlich Arztrechnungen." Alle Beteiligten seien nun aber am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen. Die Notfallmaßnahmen könnten nicht mehr fortgesetzt werden, schlug Tighe Alarm.

Die Jerusalemer Caritas-Direktorin war eine von vielen Kirchenvertretern und Projektpartnern der ICO, die sich mit Berichten und Grußbotschaften zum "Orient-Online-Tag" eingestellt hatten. Da die traditionelle ICO-Jahrestagung in Salzburg heuer coronabedingt abgesagt werden musste, wollte das in Linz ansässige Hilfswerk im Rahmen eines "Online-Tages" über die aktuelle Situation in den Schwerpunktländern Libanon, Syrien, Irak, Palästina/Israel, Jordanien und Südosttürkei, informieren. Die zahlreichen Video, Audio- und Printberichte sind auf der ICO-Website www.christlicher-orient.at für alle Interessierten freigeschaltet.

Abertausende Palästinenser, die sich als Tagelöhner oder in prekären Arbeitsverhältnissen in Israel oder Palästina verdingten, hatten schon Anfang März - bedingt durch den Corona-Lockdown - mit einem Schlag ihre Arbeit verlo-

ren, berichtete Sr. Tighe. Ein soziales Netz gibt es in Palästina nicht. Dafür sei ein Anstieg des Drogen- und Alkoholmissbrauchs und auch von häuslicher Gewalt zu verzeichnen.

Die Caritas Jerusalem versorgt, auch mit Unterstützung der ICO, die ärmsten Familien in Palästina mit Nahrungsmittel- und Hygienepaketen. Neben Familien liegt der Fokus dabei auch auf alten alleinstehenden Personen.

Drama in Gaza

Tighe: "In der Altstadt von Jerusalem sind die Geschäfte geschlossen und die Straßen leer. Ich habe vor ein paar Tagen mit einem Ladenbesitzer gesprochen. Er sagte, die Situation sei verzweifelt." Noch schlimmer sei die Situation freilich im Gaza-Streifen. Hier habe man, da das kleine Gebiet sowieso weitgehend isoliert war, die Pandemie lange zurückhalten können, nun seien die Zahlen aber stark im Steigen, so die Ordensfrau. Schon seit dem Ausbruch des Corona-Virus in Israel im Frühjahr sei die Grenze zu Gaza geschlossen gewesen. Nur Einwohner Gazas hätten passieren dürfen und sich nachher einer 21-tägigen Quarantäne unterziehen müssen.

Zwei Millionen Menschen leben nun nicht nur in bitterer Armut, sondern auch in großer Angst vor dem Virus. Die Caritas Jerusalem ist in Gaza vor allem in der medizinischen Grundversorgung aktiv. Sr. Bridget: "Wir haben fünf mobile medizinische Teams, die im Gazastreifen tätig sind und Lebensmittel und Nahrungsergänzungsmittel, Hygieneartikel und Gesundheitserziehung für die Ärmsten der Armen bereitstellen".

Kirche auf den Philippinen warnt vor neuer Tyrannei

Unter dem zunehmend autoritär regierenden Präsidenten Duterte haben Menschenrechtsverletzungen massiv zugenommen

Manila (KAP-WD) Mit Warnungen vor einer neuen Diktatur haben katholische Bischöfe und Orden der Philippinen des 48. Jahrestags der Verhängung des Kriegsrechts und des Beginns der Diktatur von Ferdinand Marcos gedacht. Ohne den zunehmend autoritärer regierenden Präsidenten Rodrigo Duterte beim Namen zu nennen, sagte der Interimsleiter der Erzdiözese Manila, Bischof Broderick Pabillo, laut dem Nachrichtenportal der Philippinischen Bischofskonferenz am 21. September: "Wir haben unsere Lektionen nicht gelernt. Die Leute sind nicht wachsam und nicht mutig genug, sich zu äußern."

Der pensionierte Bischof Arturo Bastes erinnerte daran, dass er seinerzeit als Priester und Leiter der Caritas der Diözese Surigao die "Schrecken der Diktatur" selbst erlebt habe. Er sagte, es gebe Politiker, die sich für eine Wiederholung der Gräueltaten in dunklen Zeiten der Diktatur entschieden hätten. Die katholischen Orden erklär-

ten unterdessen zum Gedenktag: "Niemals vergessen, nie wieder Diktatur und Tyrannei".

Nach der Verhängung des Kriegsrechts 1972 bis zu seinem Sturz 1986 durch einen von der späteren Präsidentin Cory Aquino und Kardinal Jaime Sin angeführten Volksaufstand wurden auf den Philippinen Tausende politische Gegner eingesperrt, gefoltert, ermordet oder verschwanden spurlos. Als eine seiner ersten Amtshandlungen setzte Duterte 2016 die Umbettung des Leichnams des von ihm bewunderten Marcos vom Anwesen der Familie auf den Heldenfriedhof in Manila durch.

Unter Duterte haben Menschenrechtsverletzungen massiv zugenommen. Zehntausende angebliche Drogenkriminelle wurden erschossen; die politische Opposition wird verfolgt und unterdrückt, die Pressefreiheit stark eingeschränkt. Kirchliche und weltliche Kritiker Dutertes werden als "Kommunisten" und "Terroristen" diffamiert, verfolgt und oftmals ermordet.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Jenni- fer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	